

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig  
Schließfach 399  
Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr. 19 - 28.8.46

## Wahlmanöver der SED

=====

spd. Der Wahlkampf in Berlin und in der sowjetischen Zone um die Gemeindevertreter hat begonnen. In der Zone wird die SPD nicht zugelassen sein. Neben den drei anderen politischen Parteien, der SED, der LD und der CDU werden auch die "Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe", der FDGB und der Kulturbund, nach neueren Meldungen auch Jugend- und die Frauenverbände Listen aufstellen. Eine SED-Zeitung behauptete, dass dies ein Beweis dafür sei, dass nicht an eine Einheitsliste unter der Führung der SED, noch an un-demokratische Zwangsmassnahmen gedacht werde.

Der gemeinsame Wahlaufruf der drei Parteien in Mecklenburg-Pommern erweckte durchaus den Eindruck in der Presse, dass das Einheitsmanöver beginnt. Wenn man davon abgesehen hat, so fragt man sich, welchen Zweck die "unpolitischen" Listen haben sollen. Grossmut und Entgegenkommen an die Wünsche der Wähler sind es nicht, das zeigt die Ablehnung der zweifellos stärksten Partei, der SPD. Wahrscheinlich hat sich die öffentliche Wahlprognose bereits bis zum Jonashauss in Berlin, dem Hauptquartier der SED, herumgesprochen: "Sie werden für die SED nicht einmal die Stimmen ihrer Mitglieder zusammenzählen können". Man hofft durch die unpolitischen Listen die Massen täuschen und die Flüchtlinge aus den eigenen Reihen ableiten zu können. Vor allem aber - man kann die eigenen Verluste verschleiern. Auf den unpolitischen Listen erscheinen natürlich nur neunmal gesiebte und zuverlässige SED-Gefolgsleute, auch wenn sie vorübergehend das Mitgliedsbuch nicht besitzen.

Noch seltsamer als dieser unpolitische Eiertanz müssen die Vorgänge berühren, die angeblich nichts mit den Wahlen zu tun haben, die aber den politisch geschulten Staatsbürger misstrauisch machen. Da wurde zuerst ein Antrag der SED an die sowjetische Militärregierung gerichtet, um eine Erhöhung der Lebensmittelrationen in der Zone zu erreichen. Die schnelle Zusage wurde parteipolitisch von den SED Zeitungen ausgeschlachtet. Der berliner Berichterstatter einer englischen Zeitung schrieb dazu, wie der Londoner Rundfunk meldete: es sei ausserordentlich bedauerlich, die Ernährungsschwierigkeiten mit einem Wahlmanöver zu verquicken, besonders im Hinblick darauf, dass man behauptete, die Arbeiterschaft im Westen Deutschlands wäre wesentlich schlechter gestellt. In Wirklichkeit hätten die Schwerarbeiter in der englischen Zone höhere Rationen als die im Osten.

Als zweites hat die SED politisches Kapital aus der Heimkehr von 120 000 deutschen Soldaten aus der Sowjetgefangenschaft zu schlagen versucht. Man vergass natürlich zu erwähnen, dass in diesen Tagen bereits

die letzten Kriegsgefangenen Amerika verlassen haben. Die Anzahl der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union wird auf mehrere Millionen geschätzt. In Berliner "Kurier" schreibt ein Kriegsgefangener aus Russland, der bereits früher heimgekehrt war: "Warum hat man den schon früher aus russischer Gefangenschaft Heimkehrern nicht eine ähnliche, jetzt so auffällige laut versprochene Unterstützung zuteil werden lassen? Es drängt sich die Frage auf: wird mit den Heimkehrern aus Russland, die jetzt zufällig vor den Wahlen entlassen werden, nicht doch eine etwas zu laute Propaganda getrieben?" Nach einem Bericht des "Sozialdemokraten" konnten 88 Heimkehrer aus Frankfurt/Oder nicht heim befördert werden, weil sie ohne Bekleidung waren. Aber die SED hat bei der sowjetischen Militäradministration das Wahlrecht für die Heimkehrer gefordert, das so schnell bewilligt wurde, dass die Antwort und die Eingabe in den Tageszeitungen zu gleich veröffentlicht werden konnten.

Ist es schliesslich verwerflich, wenn man den Antrag der Lehrer-Gewerkschaft in der Sowjetzone um Aufbesserung der Gehälter der Neulehrer, denen man aufrichtig längst bessere Entlohnung gewünscht hätte, in der gleichen Mechanik der Wahlmaschine sieht? Es ist sicher nicht zufällig, dass der Antrag jetzt gestellt und bewilligt wurde. Führende Mitglieder der Lehrer-Gewerkschaft werden wahrscheinlich auf der Liste des FDGB kandidieren.

Interessant ist noch folgender Vorgang: In Nr. 175 vom 31.7. unternimmt die der SED nahestehende "Tägliche Rundschau" einen heftigen Vorstoss gegen die CDU in der Sowjetzone, die angeblich "in Sachsen in den letzten Tagen eine ganze Anzahl neuer Ortsgruppen gebildet hat, in denen ehemalige Nazis und Unsicherer mit unbekannter Vergangenheit aufgenommen wurden". Das ist natürlich schmutzige Konkurrenz, denn der "Telegraf" vom 3.8. weiss zu berichten, dass die Ortsgruppe Seebau Bausin der SED zu einer Versammlung mit folgendem Aufruf eingeladen hat: "Mit uns sympathisierende Mitglieder der früheren NSDAP sind herzlichst eingeladen."

### Die tiefe Kluft

Von Peter Raunau

In den Dörfern wandern Kuhblechpyramiden zum Bäcker, Obstbäume müssen gestützt werden, um die Last zu tragen, über die Strassen wackeln verheissungsvoll Enten und Gänse. Die Fremden, Ausgewiesene und Flüchtlinge sehen diesem freundlichen Schauspiel in wachsendem Unmut zu, nur gelegentlich können sie etwas auffangen, was von der Bühne in den Zuschauerraum rollt. Dieser Vorgang spielt sich heute in jedem Dorf, dort fast in jedem Haus ab. In der Stadt sind die Unterschiede geringer, aber sie sind vorhanden. Durch das deutsche Volk geht eine tiefe Kluft. Es ist nicht der Riss zwischen den Parteien, der früher einmal die entscheidende Rolle spielte, es ist der Abgrund, der Einheimische von Zugewanderten trennt.

Viel ist im vergangenen Jahre getan worden, diesen Abgrund zu überbrücken, aber nicht genug. Die einen sagen: das wird sich mit der Zeit schon alles zurecht schütteln. Die andern: Die Feindschaft wächst ständig, die Gegensätze verschärfen sich. In der Tat sind Explosionen an der Tagesordnung. Es hatte sich eine "Flüchtlingspartei" gebildet. Sie wurde verboten, wohl nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Gefahr, dass ein notgeborener, zeitbedingter Gegensatz noch stärker fundiert werden könnte, wodurch es immer schwerer geworden wäre, ihn zu überbrücken. Man hat dem Problem von der psychologischen Seite und von der Praxis her beikommen

wollen, man hat den Einheimischen gedreht, und die Flüchtlinge zu beruhigen versucht. Das Schlimme ist, dass mit guten Ratschlägen, mit dem Appell an die Vernunft und das gute Herz und selbst mit den heute möglichen praktischen Massnahmen wenig geholfen werden kann.

Sicher ist nur, dass aller menschlichen Voraussicht nach die Flüchtlinge werden bleiben müssen. Es werden nach einer Denkschrift des Institutes für Weltwirtschaft in Kiel insgesamt rund 14 Millionen sein, wenn die Umsiedlung aus den Ostgebieten beendet ist. Es werden dann insgesamt 2 Millionen Menschen mehr zu versorgen sein als Anfang 1938 auf einem um fast ein Drittel grösseren Reichsgebiet versorgt wurden, wobei dieses Drittel weit über dem gesamtdeutschen Durchschnitt Nahrungsmittel produzierte. Statt 148 Menschen auf einen Quadratkilometer werden auf dem gleichen Raum von viel geringerem landwirtschaftlichen Nutzwert und ungeheurer abgesunkener industrieller Leistungskraft rund 200 Platz haben müssen. Das ist das Ergebnis der Genialität des "grössten Deutschen aller Zeiten". Aber lassen wir das. Man hat übergenug damit zu tun, mit dieser Erbschaft fertig zu werden.

Sicher ist weiter, dass es auf die Dauer unmöglich sein wird, diese Menschen gegenüber den einheimischen Besitzenden zu deklassieren. Es muss also ein Ausgleich gefunden werden. Wie ist die Situation? Ein Teil des deutschen Volkes hat alles verloren und besitzt kaum mehr, als was jeder einzelne auf dem Körper trägt. Ein anderer Teil besitzt etwas, aber lange nicht genug, um sich damit eine Lebensgrundlage zu geben. Ein dritter Teil hat den wirtschaftlichen Grundstock seiner Existenz unbeschädigt durch den Krieg gebracht und erlebt dadurch einen ungeheuren Zuwachs an Werten. Diese Dreiteilung des deutschen Volkes darf nicht bestehen bleiben. Da es unmöglich ist, die anderen Teile auf die Höhe der sozialen Lage der Nichtgeschädigten zu heben, wird der Ausgleich an einem unteren Punkt zu suchen sein. Er muss aber für alle diejenigen, die Haus und Hof und alle Habe verloren haben, einen Zustand möglicher Annäherung an den Status der noch Besitzenden bringen. Alle Deutschen haben den Verlust des Krieges zu tragen, nicht nur ein Teil.

Den Verarmten und Vertriebenen kann nicht mit einer Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand geholfen werden, zu der die nötigen Mittel fehlen würden. Es kann und muss den Besitzenden soviel genommen werden, um die Anfänge des Ausgleichs zu ermöglichen. Der Ausgleich darf nicht als Wohltätigkeit, sondern muss als Erfüllung eines Rechtsanspruches erfolgen. Mit moralischen Appellen kommt man nicht durch. Vertreter der Flüchtlinge müssen in zunehmendem Masse mit wirksamen Rechten ausgestattet werden, die ihren Anregungen und Vorschlägen den notwendigen Nachdruck verleihen. Einheimische kennen nicht nur die örtlichen Verhältnisse besser, sondern leider auch die Bewohner des Ortes allzu gut.

Diese Zusammenhänge haben vor allem auch bei den kommenden Wahlen und in ihrer Vorbereitung besondere aktuelle Bedeutung erhalten, denn dieser Wahlkampf wird vor allem auch um die Frage des gerechten Lastenausgleiches und der Besitzneuverteilung geführt. Alle Parteien bekennen sich heute mehr oder weniger zu solchen Grundsätzen, weil sie nach aussen gar nicht anders können. Dass es aber bei allen nicht mit der gleichen Aufrichtigkeit geschieht, ist nur zu selbstverständlich. Jedenfalls sind die Parteien kaum als ihre besonders eifrigen Verfechter legitimiert, die noch stets die geringste Neigung zeigten, Zugeständnisse auf dem Gebiet der Besitzneuverteilung zu machen, auch dort nicht, wo sie unbedingt notwendig sind. auf

keiner Seite aber wird man vergessen dürfen, dass das Neben- und Gegen- einander von Einheimischen und Zugewanderten der Ausdruck einer revolutionären Umschichtung grössten Ausmasses ist. Erfahrung lehrt, dass man versucht hat, Spannungen dieser Art immer wieder auf zwei Wegen aus der Welt zu schaffen; entweder bestritt die stärkere besitzende Gruppe den Anspruch der anderen, oder sie gab rechtzeitig Vorrechte ab. Der erste Weg endete meist in Explosionen und zerstörte viele Werte, meist weit mehr als Entwicklungsmöglichkeiten durch die Bildung neuer, anderer Werte blossgelegt wurden. Der andere ist der Weg des rechtzeitigen und freiwilligen angemessenen Ausgleichs. Gerade auf der Seite des Besitzes sollte man sich darüber klar sein, dass hierin, auf weite Sicht, auch der eigene Vorteil liegt.

### Die Wirtschaft in der französischen Zone

spd. Frankreich ist nicht gewillt, der englisch-amerikanischen Vereinbarung zu folgen und sich für die Aufhebung der Zonengrenzen auf wirtschaftlichem Gebiet zur Verfügung zu stellen. In einer Konferenz der Gouverneure der französischen Zone und der Präsidenten der deutschen Provinzialregierungen Rheinland, Pfalz, Baden und Württemberg gab der Administrator, General Laffon, einen genauen Bericht über die Massnahmen Frankreichs zum Aufbau der Wirtschaft in französisch besetzten Gebiet Deutschlands und über die Planungen für die Fortsetzung dieser Arbeiten. Es sei das Bemühen der Franzosen gewesen, der deutschen Bevölkerung annähernd die Rationen zu sichern, die vom Kontrollrat in Berlin festgesetzt worden seien. Auch für die französische Zone seien in Zukunft etwa 1550 Kalorien ins Auge gefasst worden. Es werde Sache des Ernährungsausschusses sein, an der Lösung der schwierigen Ernährungsfrage mitzuarbeiten.

Zur Steigerung der Ausfuhr, die am notwendigsten sei, um leben zu können, hätten die französischen Behörden so rasch wie möglich diejenigen Industrien wieder zur Produktion gebracht, die für die Ausfuhr tätig seien. Es seien folgende Industriezweige, deren Produktion häufig 25% der Produktion des Jahres 1939 überschritten, angekurbelt worden: Kohle, chemische Industrie, elektrische Kraft und Holz. Nötig sei auch, um eine erhöhte Ausfuhr zu erreichen, den Verbrauch & im Innern weitmöglichst einzuschränken.

Der Wiederaufbau des Transportwesens sei die Grundlage für die Durchführung des Industrie-Programms. Von 5667 km Schienenlänge im Jahre 1939 konnten 4916 km bis jetzt dem Verkehr wieder übergeben werden. Von 735 Brücken seien 399 wieder aufgebaut, davon 100 endgültig. Wöchentlich werden 23 000 Waggons geladen.

Es sei weiter eine Verteilung der industriellen Ausrüstung zugunsten derjenigen Industriezweige vorgesehen, die nichts mit den Nazis zu tun hatten. Es sei Sache der deutschen Behörden, bei dieser Neuverteilung die in Frage kommenden Industrien auszusuchen. Zur Erreichung dieser wirtschaftlichen Ziele sei es notwendig, die Wahrung aufrecht zu erhalten. Der Militärregierung sei es gelungen, trotz grosser Schwierigkeiten die Inflation zu beschränken und die Preise zu blockieren.

## Bismarckhering ohne Kopf - Kabarett ohne Sinn

---

### Zur Situation des deutschen Kabarett

Von Herbert Urban, Braunlage

In den Zeiten nach dem ersten Weltkrieg, als es nach kurzen Zeiten der Unruhe dank der Energie der sozialistischen Volksbeauftragten nicht mehr mit Gefahren verbunden war, über die Strasse zu gehen, wagten sich sehr bald nicht nur die ehemaligen Offiziere wieder aus ihren Mäuselöchern hervor, in die sie sich bei den ersten Sturmzeichen der Revolution sorgsam verkrochen hatte, sondern auch die Herren Kabarettisten fanden ihren vorübergehend sichergestellten Mut schnell wieder. Sie mißbrauchten die Freiheit der Demokratie dazu, vor eben jenen Offizieren und dergleichen sogenannte "Witze" über die Repräsentanten der deutschen Republik zu erzählen. Zu den gangbarsten Geistesprodukten jener Tage zählte der folgende kapitale Witz: "Was haben Sie zu essen, Ober? - Ach, nichts Besonders; vielleicht einen Ebert-Hering? - Nanu, was ist das? - Bismarck-Hering ohne Kopf!"

Es mag als interessanter Beitrag zur Geistesgeschichte der Zeit nach dem ersten Weltkrieg gelten, dass über solche "Witze" - je nach Art und Publikum des Kabarett - leis gelächelt, behaglich geschmunzelt oder laut geprühl wurde. Aber es sind keine Fälle bekannt, dass Zuhörer, also Ohrenzeugen solcher Plattheiten, aufgestanden wären und aus protest die Stätten derartiger Ungeistigkeit verlassen hätten. Dazu war man zu demokratisch, zu tolerant, auch wenn man sich - wie es natürlich vielfach der Fall war - mit solchen Witzeln in keiner Weise identifizierte. Wie liegt nun die Situation heute, nach dem Zweiten Weltkrieg, wo es zwar - zumal in den von Bombenkrieg heimgesuchten Städten - weniger stationäre Kabarett gibt, dafür aber die Zahl der reisenden Kabarett- und Varieté-Ensembles ins Uferlose gewachsen ist? Dazu ist einiges zu sagen. Zunächst: vor Witzen der oben geschilderten Art bleiben wir zunächst noch bewahrt. Das liegt aber nicht an der besseren Geschmackshaltung der Kabarett, sondern hauptsächlich daran, dass wir noch keine Zentralregierung haben, die das Ziel einer sogenannten geistigen Aggression abgeben könnte. Dafür wäre die alliierte Militärregierung vorhanden. Jedoch... der Mut... in diesem Falle. Die Reaktionen verstehen ja nur die Sprache der Macht.

Die Situation des heutigen deutschen Kabarett wird charakterisiert durch eine dauernde Flucht in die Unwirklichkeit, ein ständiges Absetzen von Alltag, einen ewigen Eiertanz um die Fragen, die sozusagen in der Luft liegen. Gewiss, wir wollen in einer der Entspannung dienenden Stunde nicht ständig an die Nöte des Alltags erinnert werden, wollen auch keine hasserfüllten Tiraden auf die Männer hören, die unser Unglück verschuldet haben - aber just in der Kleinkunst kommt es ebenso wie bei jeder anderen Kunst darauf an, wie etwas gemacht wird, nicht so sehr, was gemacht wird. Es gäbe schon Möglichkeiten, mit etwas Charme beispielsweise den wortlaut beliebter Spruchbänder des Dritten Reiches ("Dass wir bauen, verdanken wir dem Führer!") in Beziehung zu Vorgängen unserer Tage zu setzen - ohne bissige Hetze, ohne billigen Krampf, nur mit weni-

Witz und Geist. Fehlt es an Mut oder an richtigem Geist? Freilich, der politische Witz, die feingeschiffene politische Satire, Kennzeichen und Stärke des französischen Kabarets, wollen gekonnt sein, und es gehört schon ein wahrer Künstler dazu, der sie recht zu handhaben versteht (Bismarck hat von dem "Schuss Sekt" gesprochen, der in Blute der Deutschen fehlt).

Aber auch dort, wo vielleicht die Einsicht eigener Unvollkommenheit die Betätigung des politischen Witzes, der aktuellen Satire, nicht ratsam erscheinen lässt, gäbe es eine Fülle anderer Möglichkeiten, die für die ausübenden Künstler ohne Risiko wären und dennoch nicht genutzt worden. Kurt Tucholsky hat als Theobald Tiger viele reizvolle Gedichte geschrieben, Walter Mehring Kesse Chansons verfasst, Bert Brecht Balladen von Wucht geschaffen, die auch einem Publikum unserer Tage etwas zu sagen hätten und gefallen würden. Aber wir bekommen sie nicht zu hören, was für eine künstlerische Note könnte sich eine Kapelle schaffen, wenn sie das abgedroschene Repertoire vergangener Jahre einmal völlig über Bord würde und dafür Offenbach, Fall, Kalman, Gilbert, Heymann, Friedrich Holländer spielte. Es fehlt weniger an Noten als an guten Willen, an dessen Stelle die Angst steht, von nazifreundlichen Kabarettbesuchern unter Umständen gar ausgepiffen zu werden. Es ist Mangel an Zivilcourage, der das heutige Kabarett im allgemeinen kennzeichnet, und der erst dann genügend behoben sein wird, wenn unsere neue Demokratie und die in ihr verankerten Rechte der freien Meinungsäußerung so feste Form angenommen haben, dass es kein Risiko mehr bedeutet, über die Schöpfer und Repräsentanten eben dieser Demokratie fade und blöde Witze zu reissen.

Wenn hier verallgemeinert von dem Kabarett gesprochen wird, so gilt das nicht pauschal. Aber der Durchschnitt, wie er auch die Lanze, die Durchgangslager der Flüchtlinge und die sonstigen kabarettistischen Massenabfütterungsstätten zieht, ist nicht dazu angetan, in diesem Teilgebiet der geistigen Betreuung des deutschen Volkes besonderes Vertrauen zu setzen.

### Erster Verbandstag der Metallarbeiter

spd. In Untertürkheim bei Stuttgart fand am 10. und 11. August 1946 der erste Verbandstag des Industrieverbandes Metall Württemberg-Baden statt. Er war in der Tat der erste Verbandstag der deutschen Metallarbeiter, da Vertreter der anderen Zonen anwesend waren. In dem mit schlichten Mitteln künstlerisch ausgestatteten Tagungsraum hatten die überlebenden grossen Porträts von Alexander Schlicke und Robert Dörmann einen hervorragenden Platz. Die Behörden des Landes und der Stadt waren durch ihre Spitzen vertreten.

Hans Brümmel-Stuttgart und Schreck-Mannheim hielten die grundlegenden Referate über die gegenwärtigen Probleme der Gewerkschaftsbewegung. Aus allen Reden - auch den Ansprachen der Gäste aus den anderen Zonen - klang immer wieder der dringliche Wunsch, recht bald den gewerkschaftlichen Zusammenschluss über ganz Deutschland herbeiführen zu können. Das starke Missverhältnis zwischen Preisen und Löhnen trat in vielen Klagen stark in den Vordergrund. Die Schaffung eines wirtschaftlich und staatlich einheitlichen Deutschlands wurde gefordert. Die Gewerkschaften können die ihnen zustehende Verantwortung nur tragen, wenn ihre gleichberechtigte und paritätische Mitarbeit in Wirtschaft und Verwaltung uneingeschränkt gewährleistet ist. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden Max Schleicher, brachte zum Schluss die Stellung der Gewerkschaften zu den jetzi-

gen Handels- und Handwerkskammern unmissverständlich zum Ausdruck. Die sogenannten Kammergesetze müssten aufgehoben werden, damit der Aufbau einer echten Wirtschaftsdemokratie erfolgen könne. An der sachlichen Aussprache hatten Jugend und Frauen wirksamen Anteil.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden als erster Vorsitzender Hans Brümmer-Stuttgart, zum zweiten Vorsitzenden Schreck-Mannheim und zum Sekretär Kern-Stuttgart einstimmig gewählt. Ebenso erfolgte die Wahl der Beisitzer einstimmig.

Mit der Wahl der Delegierten zur Tagung des Gewerkschaftsbundes fand der ausserordentlich eindrucksvolle Verbandstag der württemberg-badischen Metallarbeiter seinen Abschluss.

#### Drastische Wohnungsmassnahmen

Spd. Die dauernde Inanspruchnahme des Wohnraumes für Zwecke der Besetzung in Baden-Baden hat das Badische Arbeitsministerium veranlasst, die Stadt zum "Brennpunkt des Wohnungsbedarfs" zu erklären. Das heisst, jeglicher Zuzug nach der Stadt ist gesperrt und wird schärfstens überwacht. Wer nicht im Stadtkreis Baden-Baden seiner Tätigkeit wegen unentbehrlich ist, kann ausgewiesen werden. Selbst der nur besuchsweise kurze Aufenthalt in der Stadt ist zu unterlassen. - Und dieses Baden-Baden lebte einst nur vom Besuch seiner Kurgäste!

#### Ein Alarmruf

Spd. Ein bedenkliches Bild der körperlichen und gesundheitlichen Verfassung der Versicherten entwirft der Monatsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Baden-Baden. Der Bericht stellt fest, dass die Unterernährung durch den Ausfall der Kartoffeln und dem fühlbaren Mangel an Frischgemüse und Obst einen sehr bedenklichen Höhepunkt erreicht habe, so dass für die Zukunft ein Zusammenbruch der in Arbeit stehenden Bevölkerung befürchtet werden müsse, nachdem ein ungewöhnlich hoher Krankenstand zu verzeichnen sei. Seit Monaten würden die ärztlichen Berichte bei Abschluss in Erkrankungsfällen nur noch lauten: Nur noch für leichtere Beschäftigung arbeitsfähig. Baden-Baden sei unvergleichlich mehr belastet als andere Bezirke, weil es als ausgesprochene Fremdenstadt durch ausserordentliche besatzungsmässige Belegung Aufgaben zu bewältigen habe, die einen entsprechenden Ernährungsausgleich durchaus rechtfertigen würden.

- - - - -

## Wille und Weg der Gewerkschaften

### Ergebnisse der Zonenkonferenz in Bielefeld

Berichtet von Georg Strutz

Zwei Aufgaben hatte der Zonenkongress zu erfüllen, sollte er seinen Zweck erreichen: Nach aussen hin die Herausstellung seiner wirtschaftlichen und politischen Forderungen in einer für die Gewerkschaftspolitik klaren, allgemein gültigen Form, nach innen hin hatte er die Frage seiner organisatorischen Form und seines inneren Aufbaues aus dem Stadium des bisherigen Nebeneinander herauszubringen. Dass beides dem Kongress gelang, wird seine blühende Bedeutung an der deutschen Gewerkschaftsgeschichte ausmachen.

Insbesondere waren es die Referate von Dr. Potthoff (Köln) über gegenwärtige wirtschaftsfragen, Löhne und Preis, und von Brisch (Solingen) über Arbeitsrecht und Arbeitsverwaltung, die ihren Niederschlag in einer Reihe von Entschliessungen fanden und den Willen des Kongresses zum Ausdruck brachten.

Die angenommenen Resolutionen beschäftigten sich mit der Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der Forderung nach einer Kohlenmoratorium, Vorschlägen zur Erhöhung der Kohlenförderung, Beschäftigung von belasteten Nazis im Bergbau. Zur Lohn- und Preisgestaltung forderte der Kongress die Auflockerung des bestehenden Lohnstops sowie energische Massnahmen zur Rückführung der überholten Preise auf ihren normalen Stand. Weiter trug der Kongress der Militärregierung seine Auffassung über die Wirkung der Steuerpolitik auf die arbeitende Bevölkerung vor. Der Kongress brachte seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, in der Körperschaft für Lohn- und Preispolitik beim Zentralrat für Wirtschaft, die von der Militärregierung eingerichtet werden soll, mitzuarbeiten. Die Beseitigung der Monopole sah der Kongress nicht in der einfachen Zerschlagung, sondern in ihrer Überprüfung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, wobei die Überführung in Staatsbesitz unter verwaltungsmässiger Mitwirkung der Länder, Provinzen und Gemeinden angestrebt werden muss.

Entscheidende Bedeutung muss der Kongress den gesetzlichen Betriebsvertretungen in ihrer Mitwirkung an der Unternehmerleitung bei. Er forderte die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte, wobei die Auswahl der Arbeiter-Vertreter den Gewerkschaften obliegt. Der Zonenausschuss wurde beauftragt, den Betriebsvertretungen baldigst Richtlinien für ihre Aufgabe zu geben und nach diesen Richtlinien verbindliche Vereinbarungen zu treffen.

Zur Neugestaltung der Sozialversicherung, über die Storsch (Hannover) referierte, erklärte sich der Kongress für die Vereinheitlichung in der Sozialversicherung im Interesse grossmöglicher Verwaltungsvereinfachung und eines grossmöglichen Leistungsausgleiches, forderte aber die Mitwirkung der Versicherten, vertreten durch die Gewerkschaften, bei der Beratung der Reformpläne.

Die Frage der Gleichberechtigung der Frauen, von Maria Lührmann-Klinke (Hamburg) in beredter Weise vorgetragen, fand ihren Niederschlag in einer Entschliessung, die die Gleichstellung der Frau im Produktionsprozess fordert und dabei den Grundsatz aufstellt: Gleiche Arbeit - gleicher Lohn. Der Arbeitsmöglichkeit der Frau für die neuen Berufe sei stärkste Beachtung zu schenken.

Den Höhepunkt des Kongresses bildete die Behandlung der Organisationsformen und des Gewerkschaftsaufbaues, worüber Böhme (Bielefeld) den Bericht zu erstatten hatte. Es war der Punkt, wo die Geister am stärksten aufeinanderprallten, der aber auch zugleich zum Prüfstein für die Reife des Gewerkschaftsgedankens werden musste, wobei alles davon abhing, ob der Wille nach Einheit und gewerkschaftlicher Solidarität gross genug war, alle Sonderwünsche zurücktreten zu lassen. Diese Probe hat der Gewerkschaftskongress glänzend bestanden. Es war gewiss die grösste Leistung, die er vollbrachte. Von der reifen Selbstdisziplin der Delegierten zeugte, dass auch das Niveau der Auseinandersetzungen über diese Frage sich auf der für den Kongress charakteristischen Höhe bewegte.

Zur Organisationsfrage selbst lagen drei Entschliessungen vor, die jeweils die verschiedenen Standpunkte zum Ausdruck brachten. Die eine Entschliessung ging von der deutschen Angestelltengewerkschaft in Hamburg aus, die beiden anderen trugen die Unterschriften von Hans Böckler (Köln) und Albin Karl (Hannover). Es war sicher mit dem Verdienst der glänzenden Verhandlungsführung durch Hans Böckler, dass der Antrag von Nord-Rhein in das Zentrum der Entscheidung gestellt wurde. Der Antrag Böckler stellt fest: "Der autonome Industrieverband, unterteilt in Berufsgruppen und Sparten und gleichzeitig regional den Bedürfnissen entsprechend aufgegliedert, ist, nach der Überzeugung des Kongresses, die Organisationsform, die den höchsten Wirkungsgrad verspricht."

Die Entscheidung erfolgte durch namentliche Abstimmung der Delegierten zu Beginn des letzten Konferenztages, wobei 263 Ja-Stimmen und 78 Nein-Stimmen abgegeben wurde. Im Anschluss daran erfolgten zwei Erklärungen: eine von Böckler (Köln), worin die Zusammenfassung der Industrieverbände in einem Bund als die nächste Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet wird. Dörr (Hamburg) als Vertreter der Angestellten, brachte den Willen der Angestellten zum Ausdruck, auch durch die neu geschaffenen Entscheidungen die gemeinsame Front aller Arbeitnehmer nicht zu verlassen.

So erfuhr der vom Zonenkongress gewählte Zonenvorstand eine entsprechende Erweiterung. Zu den bisherigen Mitgliedern Böckler (Köln), Albin Karl (Hannover), Hans Böhm (Bielefeld), Franz Spließ (Hamburg) wurden als Vertreter der Angestellten August Dörr (Hamburg) und als Vertreter der Beamten Hans Jahn (Bielefeld) hinzugewählt. Der Zonen-ausschuss setzt sich aus 22 Mitgliedern zusammen, darunter 2 Frauen.

Über die Rückgabe des Gewerkschaftsvermögens der alten Gewerkschaften ist ein Gesetz des Kontrollrats in nächster Zeit zu erwarten. Die Konferenz wählte einen Ausschuss von 7 Personen, in dem ebenfalls Angestellte und Beamte vertreten sind, die als Treuhänder die Rechte der alten Gewerkschaften zu wahren haben.

Die Bedeutung der Tagung wurde auch äusserlich unterstrichen durch die Anwesenheit zahlreicher, bekannter deutscher Politiker, darunter Carl Severing, dem früheren Innenminister, sowie vielen englischen und amerikanischen Gewerkschaftsführern und Pressevertretern, unter ihnen George Gibson von den englischen Gewerkschaften und Max Brauer von der American Federation of Labour, die alle mit lebhaftem Beifall begrüsst wurden.

## Das Land Hannover

Von Fritz Sänger

Mitglied des Hannoverschen Landtages

Hannover sei gut, Deutschland sei besser, der Weltfriede aber, so sagte Dr. Kurt Schumacher in der ersten politischen Aussprache, die im Hannoverschen Landtag nach seiner Konstituierung stattfand, sei das beste und erstrebenswerteste Ziel, dem jede politische Tat und alles politische Planen zu dienen habe. Mit dieser Formulierung ist die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zur Wiederbegründung des Landes Hannover umrissen. Das Land soll ein Teil des Ganzen, nämlich Deutschlands sein. Nur das kann der Sinn der jetzt entstehenden oder sich neu abrundenden deutschen Länder sein, dass sie die Glieder eines Körpers werden und sich als solche fühlen. Weder Zonengrenzen noch vorläufige Verwaltungsabgrenzungen, noch Massnahmen zur Verknüpfung der Wirtschaft eines ausdeutschen Landes mit Teilen Deutschlands können und dürfen die innere Organisation eines ungeteilten und ungeschmälerten Deutschlands behindern. Wo immer die Sozialdemokratische Partei ihre Kräfte zur Verfügung stellt, um den Neubau Deutschlands auch staatsrechtlich zu fördern, geschieht es um der Einheit des Reiches willen.

Es gibt nicht nur in Süddeutschland Partikularisten, die eine merkwürdige Auffassung von den Pflichten haben, die heute jedem politischen Menschen in Deutschland gestellt sind. Die Idee des selbständigen Hannover ist in den letzten Jahrzehnten des Kampfes der Hannoveraner gegen das Preussentum immer mit einem starken Schuss Eigenbrotelei durchsetzt gewesen, wenn man die Bestrebungen der einstigen Welfenpartei milde und verständnisvoll beurteilt. Nicht selten sind besonders in den letzten Monaten die Grenzen überschritten worden, hinter denen der Separatismus wuchert, und mancher Redner der Niedersächsischen Landespartei pflückte, wenn er in den kleinen Gemeinden des Hannoverschen Landes sprach, einen bunten Strauss üppiger Blüten aus dem Garten, der seit 1866 mit Fleiss gepflegt wurde. Das ist kein Hannoveranertum, dem die Zukunft gehören kann. Darauf wird es ankommen, ob Hannover als Teil des Ganzen seine Pflicht gegenüber dem deutschen Volke erfüllt: demokratisch zu sein und sozialistisch zu werden.

In diesen Tagen ist die hannoversche Geschichte für einen Augenblick interessanter geworden als manches politische Ereignis, von dem man bisher sprach und schrieb. Das selbständige Land Hannover erstand am Jahrestage des Prager Friedens wieder, am 23. August 1946. In Prag hatte Preussen die österreichische Zusage erlangt, ohne Widerspruch von Wien her in Norddeutschland die territorialen Änderungen vornehmen zu können, die es für zweckmässig halten würde. Das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus in Berlin beschlossen darauf am 3. Oktober 1866, das bis dahin bestehende Königreich Hannover dem preussischen Staatsverband einzuverleiben. Es hatte nur wenig mehr als 50 Jahre bestanden, nachdem es 1814 auf dem Wiener Kongress zum Königreich erhoben worden war. Ein selbständiges Hannover führt seine Geschichte bis etwa in den Beginn des 16. Jahrhunderts zurück.

Bl. 44 41

Eine besondere Note hatte Hannover dadurch, dass es durch Personalunion und enge Verwandtschaft mit dem Königshaus Grossbritanniens verbunden war. Gerade dieser Umstand ist es, der manchen Zeitgenossen auf die unzeitgemässe Idee brachte, ein selbständiges Hannover sei auch ein zukunftsträchtiges Hannover, wobei die Beziehungen zu Deutschland für solche merkwürdigen Politiker im besten Falle von sekundärer Bedeutung ist. Nichts von solchen Gedankengängen wurde jedoch spürbar, als der Hannoversche Landtag zum ersten Male zusammentrat und die Arbeit aufnahm, die in deutschen Lande Hannover für den Neubau Deutschlands zu leisten sein wird.

Die Bildung des Landes Hannover folgte der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Beide Massnahmen der organisatorischen Verselbständigung früherer preussischer Provinzen sind Folgen der Tatsache, dass Preussen nicht mehr besteht. Es gibt keine preussische Regierung und es gibt keine Organisationsform irgenwelcher Art, die das ehemalige Preussen heute wieder erkennen lassen würde. In der Ostzone stehen grosse Teile ehemals preussischen Gebietes unter polnischer Verwaltung. Vorpommern, der Rest Pommerns, wurde an das Land Mecklenburg angegliedert. Die Provinz Sachsen und das Land anhalt wurden vereinigt. Die Provinz, auch die Mark Brandenburg haben einen Status, der dem selbständiger Länder gleich ist. Ihnen kommt der Name Provinz danach nicht mehr zu, zumal es kein Land gibt, von dem sie ein Teil sein könnten. In der amerikanisch besetzten Zone entstand Grosshessen aus preussischen und nichtpreussischen Teilen. In der französisch besetzten Zone entwickeln sich neue Formen. Wenn dies alles geschieht unter dem gebietserischen Willen, das Ganze zu erstreben und zu erreichen, so ist der Weg gut und richtig.

#### Neue Minister

spd. In Hannover gehören drei sozialdemokratische Minister der neu gebildeten Regierung an, Heinrich Wilhelm Kopf als Ministerpräsident, Adolf Grimme als Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft und Dr. Ernst Nölting für Wirtschaft und Verkehr.

Hinrich Wilhelm Kopf wurde 1893 in Neuenkirchen geboren. Er besuchte die höhere Schule in Hildesheim und studierte Rechts- und Staatswissenschaften. Nach dem Staatsexamen gehörte er der preussischen inneren Verwaltung an, zeitweise auch dem preussischen Ministerium des Innern und war schliesslich Landrat in Hadeln. Die Nationalsozialisten entsetzten ihn 1933 seinem Amte. Nach dem Einzug der Amerikaner und Engländer wurde Kopf zunächst Regierungspräsident für den Bezirk und später als Oberpräsident für die Provinz Hannover eingesetzt.

Adolf Grimme ist einer breiteren Öffentlichkeit durch seine frühere Tätigkeit als preussischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bekannt. 1933 musste er nach dem Staatsstreich Papens seine Tätigkeit im Ministerium aufgeben. Grimme ist am 31. Dezember 1889 in Goslar geboren, besuchte die Schule in Hildesheim und die Universitäten in Halle, München und Göttingen. 1914 legte er das Staatsexamen ab, war dann Lehrer an höheren Schulen in Ostfriesland, Studienrat in Hannover, Oberschulrat in Magdeburg und 1927 schliesslich Ministerialrat im Kultusministerium in Berlin. 1929 Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums in Berlin und seit dem 30. Juni 1930 Preussischer Erziehungsminister. Die Nationalsozialisten haben ihn 1942 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

1945 wurde Grimme durch die Alliierten Truppen in Fuhlsbüttel befreit. Er kam nach Hannover ins Oberpräsidium, wo er zunächst die Abteilung für das Höhere Schulwesen übernahm, die er zu einer allgemeinen Abteilung für das kulturelle Leben ausbaute. Er wurde leitender Regierungsdirektor und Mitglied des Zonen-Erziehungsrates.

Dr. Ernst Nölting, in Hannover Minister für Wirtschaft und Verkehr, ist der leibliche Bruder des Minister für Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Erik Nölting, die beide oft miteinander verwechselt oder identifiziert werden. Er wurde am 11. März 1901 in Fürstenberg in Westfalen geboren, besuchte das Gymnasium, studierte Volkswirtschaft und Staatswissenschaft in Freiburg, Berlin und Frankfurt und trat während des Studiums bereits als Vorsitzender des Republikanischen Studentenbundes und der Sozialistischen Studentenschaft in Berlin hervor. 1921 promovierte er summa cum laude in Frankfurt. Er war im Bankwesen und in der Industrie tätig, dann Hochschullehrer in Hannover, an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und Direktor der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin, wo er die staatliche Arbeiterbildung in Deutschland leitete. Dass er 1933 aus allen Ämtern entlassen wurde, braucht kaum vermerkt zu werden. Zahlreiche Veröffentlichungen, die er vorher gemacht hatte, wurden verboten, die "Weltwirtschafts-Korrespondenz" die er herausgab, wurde von einem SA-Sturm zerstört. 1937 arbeitete Nölting im "Deutscher Volkswirt" auf seinem Fachgebiet mit, wurde 1941 jedoch Soldat und 1944 wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Organisation einer Widerstandsgruppe verhaftet. Die Alliierten befreiten ihn 1945. Er trat in das Oberpräsidium in Hannover als leitender Regierungsdirektor für die Wirtschaftsabteilung ein und nahm in der SPD entscheidenden Anteil an der Vorbereitung des Wirtschaftsprogramms der Partei.

#### Die jüngste Abgeordnete

spd. Im Hannoverschen Landtag ist die jüngste Abgeordnete eines deutschen Parlaments tätig, Frau Lisa Vollmer aus Osnabrück, geboren am 12. März 1917. Sie war von Beruf kaufmännische Angestellte, ehe sie heiratete. Sie ist Witwe, Mutter eines Kindes und Tochter eines Sozialdemokraten, der seine Gesinnung und Haltung unverändert bewahrt hat. Dies seien, so sagte sie, die Voraussetzungen für ihre politische Arbeit gewesen, die sie als eine Selbstverständlichkeit empfinde, weil sie niemals verstehe, dass eine Frau weniger berufen sei, praktische Politik zu betreiben als ein Mann. Wenn sie, so fügte sie hinzu, an die Zukunft ihres Kindes denke, müsse sie dazu beitragen, die Voraussetzungen für eine hellere Zukunft zu schaffen, für ein Leben ohne Terror, ohne Blutvergiessen, ohne Hass und Ausbeutung.

-----  
Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Säger, Braunschweig